

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 18/6749



UVNord Postfach 9 10 24758 Rendsburg

Umwelt- und Agrarausschuss  
des Schleswig-Holsteinischen  
Landtages  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Vereinigung der Unternehmensverbände  
in Hamburg und Schleswig-Holstein e.V.

BDI-Landesvertretung Schleswig-Holstein

Telefon 04331/1420-60  
Telefax 04331/1420-20  
E-Mail: [stock@uvnord.de](mailto:stock@uvnord.de)

Rendsburg,  
27. Oktober 2016  
St./Hei.

**E-Mobilität**

**hier: Antrag der Fraktion der CDU und Änderungsantrag der Fraktion der  
PIRATEN**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Zusendung der o. a. Unterlagen, die wir an die Mitglieder  
unseres Gemeinsamen Ausschusses für Umwelt und Energie weitergeleitet haben.  
Die Auswertung der hier eingegangenen Rückäußerungen lässt sich wie folgt  
zusammenfassen:

Wir begrüßen die Forderung nach einer Konkretisierung der Position des Landes  
Schleswig-Holstein zum Thema Elektromobilität und hier speziell der Ladeinfra-  
struktur sowie einer technologieoffenen Förderung.

Aus unserer Sicht benötigt Schleswig-Holstein eine möglichst flächendeckende  
Ladeinfrastruktur, die es den Unternehmen und den Mitarbeitern ermöglicht, einen  
Beitrag zur Mobilitätswende zu leisten.

Zur Erreichung dieses Zieles sollten Erfahrungen aus bereits vorhandenen Projek-  
ten genutzt werden wie beispielsweise

- das Förder- und Forschungsprojekt HansE, durch das die Metropolregion Hamburg flächendeckend mit Ladesäulen ausgestattet werden sollen,
- das Projekt GREAT, das die Hauptverkehrsstraßen zwischen Kopenhagen, Stockholm und Hamburg lückenlos mit Ladesäulen bestücken soll sowie
- das landeseigene Förderprogramm des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein, das in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Energie- und Klimaschutz Schleswig-Holstein GmbH (EKSH) umgesetzt wird.

Zu begrüßen ist ferner ein länderübergreifender Austausch bis hin zum Aufbau eines gemeinsamen Clusters E-Mobilität mit der Freien und Hansestadt Hamburg bzw. der Metropolregion, da Mobilität über Landesgrenzen hinaus geht.

Ziel im Bereich der Schnellladeinfrastruktur sollte es sein, diese an den Hauptverkehrsstraßen zu installieren, um auch weite Strecken zu keinem Hindernis für Elektromobile werden zu lassen. Dadurch kann Mobilität mit Elektrofahrzeugen auch für Geschäftsreisende verwirklicht werden, die aufgrund der langen Ladezeiten bisher häufig noch nicht möglich ist.

Als wichtiger Anreiz sind die steuerrechtlichen Befreiungen für vom Arbeitgeber zur Verfügung gestellten Strom und Ladeinfrastruktur zu werten. Hier haben die Unternehmen ein Instrument, mit dem sie ihre Mitarbeiter zum Umstieg auf E-Mobilität motivieren können. Synergien können sich durch die parallele Nutzung der Ladeinfrastruktur für den Fuhrpark und die Mitarbeiter ergeben.

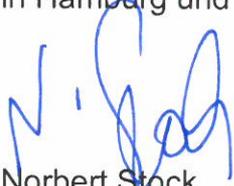
Überdies sollte der geldwerte Vorteil für die Arbeitnehmer bei Nutzung von firmeneigenen Elektrofahrzeugen deutlich reduziert werden. Da Elektrofahrzeuge derzeit noch teurer sind als herkömmlich betriebene Pkw, ist der zu versteuernde geldwerte Vorteil bei einem Elektrofahrzeug gegenüber Autos mit Verbrennungsmotoren ein Nutzungshemmnis.

Um eine Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen im öffentlichen Nahverkehr zu erreichen, halten wir die zeitlich befristete Unterstützung der Verkehrsbetriebe bei der Umstellung auf Elektrobusse bzw. Fahrzeuge mit Brennstoffzellentechnik für sinnvoll und notwendig.

Wir würden uns freuen, wenn unsere Überlegungen bei der Diskussion im Ausschuss Berücksichtigung finden und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

UVNord – Vereinigung  
der Unternehmensverbände  
in Hamburg und Schleswig-Holstein e. V.



Norbert Stock